

GÜNTER SAMTLEBE

Sehr geehrter Herr Regierender Bürgermeister,
sehr geehrter Herr Bundesminister,
meine Damen und Herren,

die Stein'sche Städteordnung und das, was sie in 175 Jahren bewegt und bewirkt hat, wird Herr Rommel würdigen. Ich möchte mich einem viel kürzeren Zeitraum zuwenden, und zwar den letzten zehn Jahren - den zehn Jahren nämlich, in denen das Deutsche Institut für Urbanistik besteht, in denen es vielleicht auch das eine oder andere bewegt und bewirkt haben mag. Zehn Jahre sind nichts in der Geschichte der Städte. Seit 7.000 Jahren ist sie mit Namen wie Ur und Uruk, Ninive und Babylon, Luxor und Karnak, Jerusalem, Delphi und Athen, Rom und Ravenna, Konstantinopel, Florenz und Venedig, Paris und London, New York und Moskau und mit unserer alten Reichshauptstadt Berlin verbunden.

Die Geschichte der Zivilisation ist eine Geschichte der Städte und Städtebauer. Von ihnen ist das erdacht und geschaffen worden, was Kultur für uns ausmacht: die Schrift, Literatur und das Gesetz, die Malerei und Architektur, die Philosophie und die Staatskunst, das Handwerk, der Handel, das Geld, aber auch der Glaube und die Religion. Gottfried Keller, Zürichs großer Sohn, hat einmal gesagt: "Wer in einem Fackelzug geht, kann das bewegte flackernde Ganze nie erfassen; aber von einem Hügel, aus der Entfernung, da sieht man das Bild."

Wir stehen heute auf einem solchen Hügel und sehen den Fackelzug unserer städtischen Vergangenheit. Wir müssen aber auch den Versuch wagen, den Weg zu ergründen und zu erforschen, den der Zug der Städte in der Zukunft nehmen wird. Die Veränderungen, die den Städten widerfahren sind, bestätigen die Erkenntnis, daß die Entwicklung nicht mehr in epochalen Abschnitten vorangeht, sondern sich - bedingt

durch die technischen und wirtschaftlichen Veränderungen - in zunehmender Dynamik vollzieht: "Die Stadt", so formulierte es einst Hans-Jochen Vogel, die Stadt "ist nicht länger mehr ein Zustand, sondern ein Prozeß..." Daran hat sich seit 1971, als diese Aussage auf der Hauptversammlung des Deutschen Städtetages gemacht wurde, nichts geändert. Aber allein die Tatsache, daß die Mitgliedstädte des Städtetages die Konsequenz aus dieser Entwicklung gezogen haben, ein eigenes Institut zu gründen, ist schon einen Augenblick des Nachdenkens wert.

Viele unter uns werden sich gut an die Zeit der sechziger und der beginnenden siebziger Jahre erinnern; die meisten von uns standen ja damals schon in Verantwortung. Sie alle wissen es: Die Beunruhigung über den Zustand und die Entwicklung unserer Städte war groß. Und groß war auch die Kontroverse darüber, wie es mit unseren Städten weitergehen sollte. Da wurde laut Klage geführt: Die Praxis der Stadtplanung und des Städtebaus wurden gescholten als Experimentierfeld von Stadtplanern und Architekten. Wohnsiedlungen, so hieß es, würden ähnlich zubereitet wie Schaschlik. Die Wissenschaft des Städtebaus wurde angeklagt. Ihr wurde vorgeworfen, "keine tragende Theorie von der Stadt entwickelt und die Praxis hilflos sich selbst überlassen" zu haben. Die Gefahr der "Entpersönlichung der Städte" wurde beschworen, der Alarmruf hieß: "Rettet unsere Städte jetzt."

Damals war es die Wissenschaft, von der man sich Hilfe erhoffte. Ein "Großforschungsprogramm der Stadtentwicklung", so wurde es in der Entschließung der Hauptversammlung von 1971 formuliert, sollte die Lösung bringen - große Hoffnungen, große Erwartungen! Systematische Forschungsbedarfsermittlung sowie Koordination und Planung von wissenschaftlichen Untersuchungen sollten Grundlagen für einen Weg zur "menschlichen Stadt" schaffen. Die langjährige Phase kaum gezügelten ökonomischen und technischen Fortschritts sollte auf diese Weise beendet werden. Ja, meine Damen und Herren, damals hatten wir uns wirklich viel vorgenommen:

- Das einzuleitende Großforschungsprogramm der Stadtentwicklung sollte nach materiellem Umfang und geistiger Anstrengung an dem Aufwand der Wirtschaft zur Entwicklung neuer Technologien gemessen werden;
- in einem "Forschungsplan der Stadtentwicklung" sollten Bund, Länder und Gemeinden ihre Forschungen zusammenführen und mit den Forschungseinrichtungen abstimmen;
- und die weitere Planung und kooperative Lenkung dieses Großforschungsprogramms im Zusammenwirken mit den bestehenden wissenschaftlichen Einrichtungen sollte einem von Bund, Ländern und Gemeinden getragenen Deutschen Institut für Urbanistik anvertraut werden.

Heute wissen wir, daß solche Blüenträume nicht gereift sind. Und lassen Sie mich es auch ganz offen sagen - so sehr traurig bin ich darüber nicht. Denn wenn man sich einmal vorstellt, daß es zum Beispiel trotz intensiver Bemühungen des Instituts bis zum heutigen Tage nicht gelungen ist, zum Zwecke des Erfahrungsaustausches auch nur einen einzigen städtischen Bediensteten für einen befristeten Zeitraum an das Difu abzuordnen - vor allem wohl aus beamtenrechtlichen Gründen - dann ist kaum auszudenken, in welchem Dschungel von Zuständigkeiten, Kompetenzen und Vorschriften der Versuch einer großen Lösung geendet hätte.

So mag es sein, daß die geringere Bereitschaft zu fachlicher Kooperation und finanziellem Engagement auch einen vorteilhaften Effekt gehabt hat: Ein zwar viel kleineres, aber arbeitsfähiges Institut in Berlin - mit einer Abteilung in Köln - konnte seine Arbeit aufnehmen. Unter Forschungsstellenleitern wie Professor Herzfeld und Professor Hillebrecht, der dem Deutschen Institut für Urbanistik als Vorsitzender des Kuratoriums bis zum heutigen Tage verbunden ist, hatte das Forschungszentrum schon wichtige und grundlegende Vorarbeiten geleistet. Es lag also nahe, dieses kleine Forschungszentrum mit seinen rund 20 Mitarbeitern als Grundstock für das Institut einzubringen.

Immerhin 68 Städte haben das neue Institut von Anfang an unterstützt - vor allem aber auch die Stadtstaaten mit überproportional hohen Zuwendungen, allen voran Berlin. Damit wurde die Sicherheit für den Anfang gewährleistet. Und auch dies sei hier besonders mit Dank und Anerkennung hervorgehoben: Zusammen mit den Städten hat der Bund mit seiner von Anfang an gewährten Förderung dazu beigetragen, daß das Difu schnell und mit einer tragfähigen Kapazität an die Arbeit gehen konnte: Am 15. Februar 1973 hatte der Hauptausschuß in Bremen den Gründungsbeschluß gefaßt; während des Sommers wurden die Gremien besetzt, die sich am 5. September 1973 konstituierten und ein erstes Arbeitsprogramm beschlossen.

Dieses Arbeitsprogramm stand noch ganz unter dem Eindruck der Diskussion in den vorangegangenen Sitzungen des Hauptausschusses bzw. der Hauptversammlungen des Deutschen Städtetages. Es enthielt Fragen, die sich in erster Linie an den aktuellen Problemen der Stadtentwicklungsplanung orientierten.

Daneben aber begann man mit dem Aufbau eines Dokumentationsystems zur Orts-, Regional- und Landesplanung.

Als dann die ersten Arbeitsergebnisse vorlagen, die ersten Veröffentlichungen des neuen Instituts unsere Schreibtische im wahrsten Sinne des Wortes "belasteten" - da bekamen einige von uns erst einmal einen gelinden Schreck. "Zu dicke Bücher!", hieß es da. Das lag nicht daran, daß vielleicht einige von uns des Lesens nicht kundig waren, aber wir merkten schon: Da haben wir etwas auf den Weg gebracht und nun waren wir nicht so ganz, wie wir meinten, mit der zu hohen Theorielastigkeit einverstanden. Damit trat das bei uns in Deutschland schon traditionelle Spannungsverhältnis von Wissenschaft und Politik, von Theorie und Praxis, offen zutage. Es wurde deutlich, wie schmal der Grat tatsächlich war - und er ist es bis zum heutigen Tage -, auf dem das Deutsche Institut für Urbanistik sich bewegen mußte und immer noch muß: Zwischen akademischer Theoriediskussion, die zwar wissenschaftlich interessant, aber weit weg von den Realitäten ist, auf der einen Seite; den Forderungen der Praktiker,

doch für die gerade anstehende Aufstellung der mittelfristigen Investitionsplanung möglichst schnell und knapp das richtige Rezept aufzuschreiben, auf der anderen Seite.

Mit anderen Worten: Keine perspektivisch angelegte, an der künftigen Entwicklung der Städte orientierte Forschung erwarteten die Städte jetzt vom Difu, keine Überlegungen, wie die Stadt der Zukunft aussehen wird oder aussehen könnte, welche Probleme wir zu erwarten haben und mit welchen Lösungsansätzen wir ihnen begegnen sollen. Kurz vorher, ehe das Institut gegründet wurde, klang das noch ganz anders. Jetzt aber war es so, daß am Jahresende bei den Haushaltsberatungen in den Städten immer danach gefragt wurde, was bringt das Difu meiner Stadt? Sie kennen das alle aus Ihrer täglichen Arbeit in den Städten, und besonders in den letzten Jahren schwerer finanzieller Belastungen der Kommunen, wo in Haushaltsberatungen erbittert um jeden Pfennig gerungen wurde, stand immer wieder die Frage zur Diskussion: Muß dieser Mitgliedsbeitrag sein?

Es schien mir doch angebracht, heute, nach zehnjähriger Arbeit des Instituts, auch einmal daran zu erinnern, daß sich Erwartungen und Anforderungen der Städte an das Deutsche Institut für Urbanistik nach tagespolitischen Aktualitäten kurzfristig geändert haben.

"Anwendungsgerichtete Stadtforschung" hieß also die Leitlinie, auf die sich das Institut einzustellen hatte. Dazu kam auf seiten der Städte, vor allem aber auch seitens des Bundes, das Interesse an sog. Wirkungsforschung - also der Klärung der Wirksamkeit gesetzlicher Normen und der Aufdeckung gegeneinander laufender Wirkungszusammenhänge. Städten und Gesetzgeber sollten auf diese Weise Hinweise für die Verbesserung und konstruktive Anwendung rechtlicher Normen gegeben werden. Auf dieser Linie hat sich das Institut seither bewegt, zum Vorteil und im Interesse der Städte, wie ich meine, aber auch im Interesse des Bundes; denn mit dem Difu wurde auch die Möglichkeit des unbürokratischen und unbefangenen Kontakts zwischen den Vertretern des Bundes und der Städte geschaffen. So konnten in der Vergangenheit eine

Reihe von Fragen aufgegriffen und bearbeitet werden, deren Klärung im wohlverstandenen Interesse beider Seiten lag. Ich erinnere zum Beispiel an die vom Difu vorbereiteten und durchgeführten Planspiele zur Novellierung des Bundesbaugesetzes oder, viel aktueller: die soeben begonnene umfassende Erhebung über die Erfahrungen der Gemeinden mit dem Städtebauförderungsgesetz - eine Untersuchung, der mit Blick auf die Überlegungen der Bundesregierung, ein umfassendes Baugesetzbuch zu entwickeln, gerade im Interesse der Städte herausragende Bedeutung zukommt.

Wenn man sich das alles vor Augen führt, meine Damen und Herren, dann wird deutlich, daß sich das Difu nicht nur als Gemeinschaftseinrichtung der Städte bewährt hat; es ist darüber hinaus auch ein hilfreicher und aus Sicht der Städte notwendiger Vermittler zwischen der staatlichen und der kommunalen Ebene. Dies wird - wenn ich es recht sehe - auch seitens des Bundes so bewertet. Sie, Herr Minister Schneider, haben das heute mit Ihren Worten erneut bestätigt und - wir sind dankbar dafür - dem Institut auch die künftige Unterstützung des Bundes zugesagt.

Das Difu hat sich den veränderten Herausforderungen stellen müssen, mit denen die Städte in den letzten Jahren konfrontiert waren. Man mag darüber streiten, ob diese oder jene Untersuchung das Difu immer die richtige Priorität gesetzt und die Analysen stets den Nagel auf den Kopf getroffen haben - insgesamt geben Arbeitsprogramm und Tätigkeitsschwerpunkte doch in anschaulicher Weise Aufschluß darüber, daß das Institut präzise solche Fragestellungen aufgreift, die auch uns, die kommunalen Praktiker, am meisten bewegen.

Aber lassen Sie mich noch einen weiteren Aspekt aufgreifen, der die Arbeit des Deutschen Instituts für Urbanistik vor allem in jüngster Zeit besonders kennzeichnet und in den Städten ein erfreuliches Echo gefunden hat: Ich meine das verstärkte Angebot von Dienstleistungen für die Städte. Ich möchte das Institut ausdrücklich auffordern, diese Formen der Vermittlung und Umsetzung von Arbeitsergebnissen weiterzuentwickeln und Beratungen, Kurzseminare vor Ort, Vorträge

und Fortbildungsseminare und nicht zuletzt die wichtigen und nützlichen Dokumentations- und Auskunftsdienste auszubauen. Der ständige und intensive Kontakt zu den Städten, der auf diese Weise gefestigt wird, ist eine der wichtigsten Voraussetzungen dafür, daß das Difu auch künftig die richtigen Themen aufgreifen und anwendungsbezogene Arbeitsergebnisse vorlegen kann.

Heute sind es rund neunzig Städte, die das Deutsche Institut für Urbanistik finanziell mittragen und enge fachliche Zusammenarbeit pflegen. Unter ihnen seien besonders die Stadtstaaten erwähnt: Sie stellen nicht nur einen zusätzlichen finanziellen Anteil bereit, sondern repräsentieren auch die Ebene der Länder. Die besondere Kooperation mit den drei Stadtstaaten findet ihren äußeren Ausdruck darin, daß der Chef der Hamburger Senatskanzlei, Dr. Diether Haas, den Vorsitz des Institutsausschusses innehat; ihm möchte ich, ebenso wie seinen Vorgängern Peter Ulrich und - als einem der Gründungsväter des Deutschen Instituts für Urbanistik, Martin Neuffer - für das dem Institut entgegengebrachte Engagement, für Rat und Hilfe herzlich danken.

Lassen Sie mich noch eine Besonderheit hervorheben, die bei wissenschaftlich tätigen Instituten eigentlich selbstverständlich sein sollte, bei genauerem Hinsehen aber so selbstverständlich nicht ist: Parteipolitische, am "Proporz" orientierte Überlegungen konnten vom Difu weitgehend ferngehalten werden. Wo es solche entsprechenden Vorstöße gab, wurden sie solidarisch abgewehrt. Letzten Endes kamen alle zu der Überzeugung, daß es der Wissenschaft nicht gut tut, wenn sie einem vordergründigen parteipolitischen Einfluß unterworfen wird.

Ich meine also, meine Damen und Herren, das Institut ist auf dem richtigen Weg.

Nach der Phase der organisatorischen Konsolidierung unter dem ersten Institutsleiter Dr. Wolfgang Haus bemühte sich seine Nachfolgerin, Frau Professor Spiegel, darum, Qualität und Substanz der wissenschaftlichen, auf die Forschungsvor-

haben bezogenen Arbeitsansätze weiter zu steigern. Unter dem jetzigen Institutsleiter Dr. Dieter Sauberzweig stehen perspektivische Untersuchungsansätze und die Weiterentwicklung direkter Dienstleistungsangebote auf der Grundlage wissenschaftlicher Arbeitsergebnisse im Vordergrund.

Die Beratungen und Kurzseminare vor Ort, der vom Difu betriebene Informations- und Erfahrungsaustausch, die Profil- und Dokumentationsdienste - das alles muß bleiben. Aber auch die Forschung muß bleiben, die Grundlagenarbeit muß bleiben. Das gilt nicht nur für die Klärung aktueller Fragen; das gilt gerade für Problemstellungen, mit denen wir in der Zukunft werden rechnen müssen. Sonst haben wir nämlich, wenn es ums konkrete Handeln geht, wieder keine weiterführenden Lösungen, und wir müssen von der Hand in den Mund leben.

Nur wenn die Arbeitsergebnisse des Difu auch im Bereich der Wissenschaft - an den Universitäten wie den bestehenden einschlägigen Einrichtungen - wie bisher Beachtung finden, werden sie den Städten auf Dauer nutzen. Ein Difu ohne eigene Forschung würde wissenschaftlich ausgezehrt. Deshalb ist auch der Kontakt mit Hochschulen, Universitäten und anderen wissenschaftlichen Instituten unerlässlich. Ich möchte daher an dieser Stelle meinen besonderen Dank an die Wissenschaftler aus diesen Forschungsinstitutionen richten, die in den Gremien des Difu Rat und Anregungen aus wissenschaftlicher Sicht geben.

Fragen wir uns doch mal selbst: Was bleibt uns in den Städten denn noch an Möglichkeiten, über den Tellerrand der brennenden Tagesprobleme hinaus noch an morgen oder gar an übermorgen zu denken? Sind wir in den Städten allein in der Lage, selbst entsprechende Antworten und Lösungen zu finden? Und gibt es, noch ehe wir alte Probleme gelöst haben, inzwischen nicht schon wieder neue Herausforderungen, die einer Beantwortung bedürfen? Zum Beispiel die Arbeitslosigkeit, die uns in den Städten mit besonderer Härte trifft; die Frage nach den Auswirkungen der neuen Technologien auf die Lebensweise der Menschen; zum Beispiel die kommunale Umweltschutzpolitik, Fragen der Wohnungsversorgung und, was immer

mehr an Bedeutung gewinnt, die Probleme der kommunalen Sozialpolitik, der Umgang mit den Kranken und den Schwachen in unserer Gesellschaft? Sind wir nicht in einer Phase tiefgreifender Veränderungen, die letztlich da, wo die Menschen leben, zuerst sichtbar werden, nämlich in den Städten? Und bedarf es deswegen nicht auch einer Neuorientierung, wenn Sie so wollen: einer neuen Standortbestimmung der Stadtentwicklung?

Ich meine, wir müssen uns trotz aller Alltagsorgen auch wieder an das Denken in langfristigen Entwicklungslinien gewöhnen. Jedenfalls dann, wenn es uns ernst ist damit, die Zukunft der Städte als Brennpunkte des Lebens, als Zentrum der Entwicklung, auch unter veränderten wirtschaftlichen und ökologischen Bedingungen zu sichern. Und wir müssen als Städte wieder den Handlungsspielraum zurückgewinnen, der es ermöglicht, Verantwortung für Kommunalpolitik zu übernehmen und der überhaupt erst die Voraussetzung für kommunale Selbstverwaltung ist. Nur dann können wir von den Bürgern auch erwarten, daß sie ihre Städte bejahen und tragen und sich aktiv an der Lenkung ihrer Geschicke beteiligen.

Wenn wir uns im Grundsatz hierüber einig sind, meine Damen und Herren, dann werden wir ohne die notwendige, eben auch perspektivisch angelegte Forschung, nicht auskommen. Wer anderes als die Einrichtung, die die Städte sich selbst zu ihrem Nutzen geschaffen haben - nämlich das Deutsche Institut für Urbanistik - soll das denn machen? Wo laufen denn die Kontakte und die Informationen aus den Städten, aus dem Städtetag, von seiten des Bundes und aus dem Bereich der Wissenschaft gebündelter zusammen als im Difu? Das ist eine Chance und eine große Herausforderung an das Institut, aber auch an die Städte, die nicht vertan werden darf. Und wenn die Zahl der Städte, die das Difu unterstützen, inzwischen auf immerhin rund 90 angewachsen ist, so ist das zwar ein Zeichen dafür, daß sie sich auch in finanziell schwierigen Zeiten nicht der Instrumente entledigen, die sie sich selbst geschaffen haben. Aber lassen Sie mich auch fragen, wo denn die restlichen rund 50 unmittelbaren Mitgliedstädte des Deutschen Städtetages sind? Ist es nicht eigentlich eine

Pflicht, ein Stück Zukunftssicherung, zu der jede Stadt letztlich auch im eigenen Interesse selbst beitragen muß, den letztlich geringfügigen Zuwendungsbeitrag für das Institut aufzubringen? Bitte sehen Sie mir nach, wenn ich diese Gelegenheit nutze, um solche Fragen zu stellen; aber auch in einer Festansprache muß man schon 'mal klingeln.

Mein Dank an alle jene, die vor zehn Jahren dazu beigetragen haben, das Deutsche Institut für Urbanistik ins Leben zu rufen, möchte ich zuerst an den Deutschen Städtetag richten: Ohne Präsidium und Hauptgeschäftsstelle in Verbindung mit dem Rechtsträger des Instituts, dem Verein für Kommunalwissenschaften, wäre es nie zur Gründung dieses Instituts gekommen. Und wenn ich hier den Verein für Kommunalwissenschaften nenne, dann darf die Wibera nicht unerwähnt bleiben, deren jährlich erwirtschafteten Gewinne über den Verein überwiegend dem Institut zugutekommen; der Wibera sei hierfür herzlich gedankt.

Und ich danke Herrn Dr. Weinberger, den Beigeordneten und Mitarbeitern des Deutschen Städtetages für die freundschaftliche, gelegentlich auch kritische Begleitung der Arbeit des Instituts. Der Städtetag vertritt die Städte politisch, und zwar mit Sachkunde. Auch das Difu liefert Sachkunde. Aber welche Sachkunde hat nicht auch eine politische Dimension? Dieses dialektische Verhältnis sollte sich auch künftig anregend auf die Zusammenarbeit zwischen dem Städtetag und dem Difu auswirken.

Danken möchte ich den Städten, die das Difu bisher getragen und die Praxisbezogenheit seiner Arbeit ermöglicht haben; mein besonderer Dank gilt dem Land Berlin und seinem Regierenden Bürgermeister, der stets bereit war, Hilfestellung zu geben, wenn in der einen oder anderen Stadt in der Hitze des Haushaltsgefechts der Blick für die vernünftigen Dimensionen in Gefahr geraten war.

Vor allem aber richtet sich mein Dank an das Difu selbst. Ich wünsche ihm die Dynamik und die Flexibilität, die es benötigt, um den Städten die erwartete Hilfestellung bei der Lösung aktueller Probleme zu geben.

Ich wünsche ihm den Einfallsreichtum, die Phantasie und die Stetigkeit, die es brauchen wird, um Zukunftsprobleme offensiv aber solide anzupacken. Ich wünsche dem Difu eine Zukunft, die meine Überzeugung bestätigen wird, daß dieses Institut seinen festen Platz in der kommunalen Landschaft innehat. Dies muß ein Platz sein, von dem eine nachhaltige Wirkung auf die Städte, auf ihre Entwicklung und ihre Bedeutung für das Leben der in ihnen wohnenden Menschen ausgeht.

Uns allen und den kommenden Generationen der Bürger unserer Städte möchte ich einen Rat mit auf den Weg in die Zukunft geben. Mit ihm spanne ich den Bogen zurück an den Anfang städtischer Entwicklung in unserer Welt. Dieser Rat ist über 3.000 Jahre alt und hat trotzdem nichts an Aktualität verloren. Er stammt aus den Weisheiten des alten Ägyptens und lautet:

"Gehe nicht schlafen, indem Du Dich vor dem Morgen fürchtest."

Ich danke Ihnen und darf nun Herrn Rommel bitten, zu uns zu sprechen.